

Abonnements:
Monatlich 85 Pfennig einschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.55, monatlich 85 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurtam.“
Telephon-Anschluß:
Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Geschäfts-Vertrags- und
Wiederholungs-Abgabe nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition des Blattes abgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529,
Union-Druckerei u. Verlagsanstalt,
O. m. b. H., Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Mittelsch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 -- Expedition: Fleißstr. 9, Telephon 5715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Meier.
Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlagsgesellschaft, O. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main.

Nummer 230

Samstag den 30. September 1916

27. Jahrgang

Begen Vernichtungstreiben — für Völkerverständigung!

Schauerliche Töne eines wilden Hasses und Idernden
Verstärkungsbeifalls kamen in den letzten Wochen aus England
und Frankreich. Was seit dem wüsten Dreiwort des Braun-
schweiger Herzogs, der Paris den Untergang verhieß, nie ge-
sagt worden, bekam man jetzt zu hören: daß von Berlin kein
Stein auf dem anderen bleiben solle, kündigte ein französischer
Hochprediger an. Die Wegführung der deutschen Marine
und Handelsflotte, die Beschlagnahme des gesamten deutschen
werbenden Volksvermögens, der Arbeitszwang des ganzen
deutschen Volkes bis zur Abtragung einer ungemessenen hohen
Entschädigung, die Aufrichtung eines Zwingens zur Beherr-
schung Deutschlands: das sprachen wieder und wieder eng-
lische Blätter als Kriegsziel der Entente aus. Als eine
Schmach hat Briand es bezeichnet, von Frieden zu reden, an
Frieden auch nur zu denken, ehe Deutschland gänzlich besiegt
und niedergebrosen sei. Und aus dem Haag kam die be-
stimmte Behauptung, der englische und der französische Ge-
sandte hätten der niederländischen Regierung eine Erklärung
übermittelt: die Entente würde einen Versuch der Neutralen
zur Friedensvermittlung als eine „unfreundliche Handlung“
auffassen. Lloyd George, der englische Minister, hat jetzt gar
wie ein Höllenfürst des fürchterlichsten Zerstörungswillens
gesprochen.

Lauter abscheuliche Dinge, lauter Ausgeburt des Wah-
nns. So müßte also wirklich der mörderische Kampf weiter-
geführt werden, bis eine Partei kraftlos und blutlos am
Boden liegt und die andere mühsam an Stöcken und aus
taufend Wunden blutend sich eben noch aufrecht erhält, doch
so geschwächt, daß auch sie durch Menschenalter sich nicht er-
holen kann? Zu den Millionen, die auf der Wollstatt blieben,
müßten noch ungezählte neue Opfer kommen, unendlich und
unheimlich das Elend sich ausbreiten, der Jammer bis zum
Himmel steigen? Denn daß ein Volk sich unter ein Joch beu-
gen wird, wie die Hochstimmen dem deutschen Volk es ankün-
digen, das kann es nicht geben; eher wird die letzte Kraft an
die Verteidigung gesetzt, das Neueste ertragen; selbst ein
Ende mit Schrecken wäre besser als der Schrecken ohne Ende.
Und das deutsche Volk ist kräftig, es zu besiegen, wie die
Entente es ankündigt, ist unmöglich. In der Verteidigung
steht unser Volk stark und unbeflegbar! Aber entbehren etwa
die Stimmen des Hasses uns der Pflicht, immer wieder un-
zweideutig unsere Friedensliebe auszudrücken? Soll allein
unsere Aufgabe sein, mit dem abwehrenden und dreinschlo-
genden Schwerte das Daseinsrecht des deutschen Volkes zu
behaupten oder liegt nicht vielmehr auch bei uns die Pflicht,
dem Feindesland zu zeigen, welchen Zielen unser Volk zu-
strebt? Zielen, die weit entfernt sind von Vergewaltigung
des Gegners; die vielmehr gleiches Recht allen Völkern zu-
erkennen und den Verechtswillen enthalten für die Schö-
pfung internationaler Rechtsinstitutionen als Vorbeugungs-
mittel gegen neue Kriege!

Den Massen des deutschen Volkes kann nicht genügen,
daß der Kanzler den Ausgleichsvorschlägen aus dem Ausland,
die auf eben jene Rechtsordnung hingen, die rhetorische
Frage entgegensteht, ob dieses große und ideale Ziel durch

einen Vernichtungskrieg erreicht werden soll, sondern Ja und
dreifach Ja soll ihre Antwort sein: ein Ja der Idee, ein Ja
dem guten Willen, ein Ja der politischen Kunst, die die Idee
verwirklicht. Ein brausendes mächtig anschwellendes Ja als
Bekenntnis zum Ausgleichstreiben, ein Ja, das bekräftigt wird
durch den ungebrochenen, der höchsten Verwunderung wertigen
Kampfesmut der deutschen Heere. Das Ja allein wäre die
Ankündigung: unsere kriegerische Kraft ist gebrochen! Nim-
mermehr hätten dann die Ausgleichsfreunde im Ausland
Aussicht, bei den feindlichen Regierungen durchzudringen;
auf der bedingungslosen Unterwerfung würden die Regierun-
gen bestehen. Die militärische Leistung Deutschlands und
seiner Verbündeten allein wäre je nachdem dem Feind ein
Willensausdruck, daß Deutschland siegen oder daß es gar er-
obert werde. Darum: bei des muß sein, kräftige militäri-
sche Leistung und starkes, frohgemutes Bekenntnis, nicht ver-
gewaltigen, nicht erobern zu wollen, sondern, soviel an uns
liegt, dem Ausgleich zuzustreben. So genügen wir unserer
sittlichen Pflicht gegen Volksgemeinschaft und Menschheit, so
sichern wir Gegenwart und Zukunft, so helfen wir den Weg
bahnen aus einer grenzenlosen Tiefe zur lichten Höhe.

Uns Deutschen obliegt es, in allem Drang und aller Not
Aug und Ohr offen zu halten für Kulturideen: im Vorn der
Waffen und umstößt vom Hahnenrei müssen wir doch uns be-
wusst bleiben, daß auch jenseits der Schützengraben ehrliche
Gemüter und reine Herzen zum Frieden streben und daß sie
inbrünstig ausruhen nach Frieden des Entgegenkommens.
Denn das Friedenswerk wird ihnen lauer gemacht: auch in
ihrer Heimat werden Stimmen des Hasses zum Tonen
gebracht, die aus Deutschland kamen und Deutschlands Politik
wird ihnen dargestellt als der Volk, der heißhungrig nach Er-
oberungen schreit, wenn nicht durch den Mund der Regieren-
den, so aus Eingaben mächtiger Verbände. Aufgabe der Re-
gierenden in jedem Lande wäre es, die Stimmen des Hasses
zu dämpfen und mit der Wärme des Verständnisses für Bedürf-
nisse des feindlichen Staates Sympathien zu wecken und
keine der Verständigung herbeizuführen. Vergebens wartet
die in Schmerzen ächzende Welt auf solche höchste Leistung
wahrer Staatsmannskunst. So müssen denn die Völker reden,
jedes in seinem Lande nach eine Kraftleistung vollbringen,
die allgemein zum Verzicht auf Eroberungsziele zwingt und
unwiderstehlich vorwärts die Einigung zu einer Gemein-
schaft internationalen Rechtslebens. Das Volksleben, das
Drängen der Volksmassen soll den Ausgleich gebären.

Diesem Gedanken entbringt die Volksversammlung, die
morgen in Frankfurt tagen wird. Sie wird ein Bekenntnis
sein zur Abwehr jeder Vergewaltigung Deutschlands, aber
auch ein Einspruch gegen deutsche Hochprediger, die den Krieg
fortführen wollen ihren Eroberungszielen zuliebe. Nicht ver-
gewaltigen und nicht vergewaltigen lassen! das ist die Parole
der Versammlung. Wer für Verständigung des Kriegs durch
einen auch Deutschlands Rechte und Lebensinteressen schen-
den Ausgleich eintritt, der muß öffentlich dafür seine Stimme
erheben.

Kommt alle am Sonntag nachmittag in den Ostpark!

Das Tagungsprogramm der Ostpark-Versammlung

sieht vor: 3⁴⁵ Uhr Gesang der Vereine + 4 Uhr Versammlungs-Eröffnung
4⁴⁰ Uhr Abstimmung über die Willenserklärung + 4⁴⁵ Uhr Schlußgesang

Die Versammlung wird abgehalten bei jedem Wetter. Der Soldat im Felde kann
nicht die Schlacht absagen, weil es regnet. Er hält aus in Gewitter und Hagel, in
Sturm und Schnee. Und ihn umstößt dazu der Höllengreuel der Schlacht. Schämten
müßte sich der Volksgenosse, den ein bißchen Regen abhielte von der öffentlichen
Bekundung des Strebens zu einem Frieden, der unsern braven Kämpfern die heiß
ersehnte Heimat, den Völkern ein bißchen Glück wiedergibt.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten.)
Großes Hauptquartier, 29. Sept. (H. M. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Gezessgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nach der blutigen Abwehr der feindlichen Angriffe am 27.
September konnte die Sommerfront gestern wesentlich ab. Ein kräf-
tiger englischer Angriff zwischen der Ancre und Courcelle
wurde auf seinem Westflügel unter Aufgabe kleiner Grabenteile im
Nachkampf abgeklungen; er brach nordwestlich und nördlich von
Courcelle in unsere Front zusammen. Ein schwerer
Angriff bei Caucourt (Abbaye) schlug gleichfalls fehl.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Abgesehen von einem erfolglosen schwachen russischen Vorstoß
nordöstlich von Gdusitzki und stellenweise aufgesetzter Feuer-
tätigkeit keine Ereignisse.

Die Front der am 27. September bei Korymben gefangenen
Russen erhöht sich auf 41 Offiziere, über 3000 Mann, die Beute auf
2 Geschütze, 33 Maschinengewehre.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

Die Kämpfe in den Karpaten dauern an. Keine beson-
deren Ereignisse.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Der Widerstand des Feindes im Abschnitt von Hermann
Stadt ist erloschen. Die rumänischen Kräfte sind gegen das Ge-
birge geworfen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Der erste Generalquartiermeister: Lubenski.

Vom italienischen Kriegsschauplatz.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht vom 29. meldet:
Auf der Karst-Hochfläche hat es italienisches Geschütz- und Minen-
werfer-Feuer gegen unsere Stellungen und die dahinter liegenden
Mauern. An der Heimatsfront griff der Feind gestern nachmittag
unter dem Schutz dichter Nebels den Gardinal und die Cima Fusa
an. Er wurde abgewiesen. Die Cima-Spitze steht andauernd
unter leichtem und schwerem Artilleriefeuer. Trotzdem hatte das
Nachtungsunternehmen Erfolg. Unseren braven Truppen gelang es
unter großen Schwierigkeiten, nach sieben Italiener, die vollkommen
erschöpft waren, auszugraben und zu bergen.

Griechenland.

Wieder liegt ein unkontrollierbarer Depeschemass vor, dem
wir folgendes entnehmen. Englische Nachrichten berichten, daß es
auf Kreta doch Kämpfe gab, einige Tote und Verwundete. Die
Benizelisten seien Herr geworden. Das 14. Infanterie-Regiment,
das in Iraklion in Garnison liegt (2450 Mann), schloß sich der
Revolution bis auf 19 Mann und 22 Offiziere an, die in den
Offiziersklub flüchteten, da die Maschinengewehre vorher unbrauch-
bar gemacht worden waren und jeder Widerstand unnützlich war.
Die treugebliebenen Offiziere telegraphierten um Schutz an den
britischen und französischen Konsul, die ihnen ihren Schutz zu-
sagten. Die Offiziere sind jetzt in Suva. Auch sonst greife die
Bewegung in der Armee um sich, immer mehr Truppenteile schlie-
ßen sich der Revolution an. Die Entente läßt wieder Druck auf den
König aus, anscheinend soll erreicht werden, daß die griechische
Armee ganz der Entente zur Verfügung gestellt wird, eventuell
auch ohne Kriegserklärung an den Verbund. Italienische Blätter
bezweifeln, daß der König sich je zu einer Kriegserklärung ent-
schließen werde. Ueber die militärische Bedeutung eines griechi-
schen Eingreifens mache man sich wohl nirgends Illusionen. Wenn
die Entente diplomatie darauf hinarbeite, geschehe dies vor allem
in dem Gedanken an die moralischen Folgen bei den Feinden und
den Neutralen. „Secolo“ meint, die in einem sehr großen Teil der
öffentlichen Meinung Italiens herrschenden Befürchtungen über
griechische Absichten zum Schaden Italiens seien grundlos. Griechen-
land habe mit der Verteidigung des eigenen Gebietes vollauf zu tun.

Die „Daily Telegraph“ aus Salonik meldet, wird die pro-
visorische Regierung auf Kreta das unumschränkte Recht haben
(das heißt, die Entente wird Benizelos darin beistehen), die Streit-
kräfte des Landes zu organisieren und sich den Ententetruppen an-
zuschließen. Benizelos sagte in einer Versammlung: „Wir wün-
schen, daß die Krone selbst jetzt auf den Wunsch des Volkes ein-
gehe, damit die Nation einig in den Kampf ziehe. Sollte dieser
Wunsch unerfüllt bleiben, werden wir unsere ganze Energie darauf
setzen, euren Auftrag auszuführen.“ Die Nennung des Namens

Konstantin wurde mit Stillschweigen aufgenommen. Niemand glaubt, daß der König den geäußerten Wunsch erfüllen werde. Nach der Versammlung hielt die neue Regierung einen Empfang im Gouvernementsgebäude ab, wobei die Konsula der vier Großmächte der Entente anwesend waren.

Dom See- und Handelskrieg.

England und die „Freiheit der Meere“.

Berlin, 28. Sept. Ein typisches Beispiel, wie England über die Freiheit der Meere denkt, hat kürzlich der englische Generalkonsul in Rotterdam gegeben. Ein 55jähriger Niederländer, der vom Krieg in Deutschland übertrajet war und namentlich auf dringende Ersuchen seiner Firma über die Vereinigten Staaten nach Regio zurückgekehrt war, hatte von der Holland-Amerika-Linie ein Passagierbillet gekauft, war aber erst in Rotterdam darauf aufmerksam gemacht worden, daß er wahrscheinlich von den Engländern von Bord geholt und interniert werden würde. Um sich zu sichern, ist der betreffende Herr zum englischen Generalkonsul in Rotterdam gegangen, wo er zu seinem Erschauen hören mußte, daß englische Behörden eine Reise nach Nordamerika mit der Begründung ablehnen, daß deutsche Behörden einen Engländer auch nicht durch Deutschland reisen lassen würden. Auf den erstaunten Einwand des Antragstellers, daß doch ein Unterschied zwischen der Reise eines Engländers durch Deutschland in Kriegszeiten und einer Fahrt auf einem neutralen Schiffe von Holland nach den Vereinigten Staaten sei, hörte er wiederholt in erregtem Ton mit der Entgegnung: die See gehört uns. Dieses kleine Beispiel dürfte ein Beitrag dazu sein, weshalb ein weiser Weg noch notwendig ist, um England zum Verständnis desjenigen zu bringen, was alle Völker unter „Freiheit der Meere“ verstehen.

Das schweizerisch-deutsche Abkommen

Ist vom schweizerischen Bundesrat genehmigt und beschlossen worden. Bundesrat Hoffmann sagt dazu: Die Grundlage des Abkommens sei, daß jeder der beiden Kontrahenten das gebe, was er nicht dringend für seine eigenen Landesbedürfnisse brauche und was zu geben er nicht durch vertragliche Verpflichtungen verhindert sei. Die Schweiz könne also zu nichts verpflichtet werden, was ihren Verpflichtungen gegen die Entente-Länder widerspreche. Weiderseits wurden die Ausfuhrbewilligungen im Rahmen der notwendigen Mengen erteilt, die natürlich in einem gewissen Verhältnis zueinander stehen. Die für Deutschland in der Schweiz liegenden Waren sollten weder beschlagnahmt, noch requiriert, noch exportiert werden, sondern bis zur definitiven Beendigung der Feindseligkeiten in der Schweiz bleiben und dann ohne Gegenleistung Deutschland ausgeliefert werden. Vorgegeben sei eine Art Ausfuhrkommission, die parallel arbeite zu den im Verkehr mit den Entente-Ländern amtierenden Kommissionen. Diese Ausfuhrkommission, bestehend aus Vertretern des Handels, des Konventionsbüros, des Volkswirtschaftsdepartements und zweier Vertreter der SES nehme Anträge auf Ausfuhrbewilligungen entgegen und prüfe, ob vom Standpunkte der SES der Ausfuhr zu den Zentralmächten nichts entgegenstehe. Eine ähnliche Einrichtung werde nach den anderen Richtungen geschaffen. Eine Kommission aus Vertretern des Handels, der Volkswirtschaft, des Polizeidepartements und zwei Vertretern der Treuhändstelle Zürich sei gebildet, an welche die Ausfuhrbewilligungen für die Entente-Länder geleitet würden. Die Schweizer Listen würden mit Ausnahme derjenigen von Munition- und Waffenfabriken derjenigen von Deutschland entsprechen.

Hoffmann äußerte auch im Bundesrat, der Bundesrat habe die von der Entente gegen die Neutralen geübte Mode, soweit sie nicht direkt militärischen Bedarf der Kriegführenden treffe, als unberechtigt an.

Lebensmittelkürung in England und Frankreich.

Eine sehr heftige Kundgebung gegen die Verteuerung der Lebensmittel in England fand seitens der schottischen Arbeiterpartei in Glasgow statt. Ein Redner sagte, die Regierung habe 18 Monate Zeit gehabt, Organisationen zu schaffen, um das arbeitende Volk nicht durch irreführende Maßnahmen von Kapitalisten und Nahrungsmitteleinsammlern ausbeuten zu lassen. Ein anderer Redner sprach von dem unermesslichen Anwachsen eines gewissen Gefühls in ganz Europa. Wenn sich Gelegenheit zu einem annehmbaren Frieden biete, dürfe keiner Augenblick länger geduldet werden, daß Tausende von Menschenleben seiner Nachsicht geopfert würden.

Seuilleton.

Aus dem dunklen Deutschland.

Wir Großstädter sind dem platten Lande oft so weit entrückt, daß wir nur einen blässen Schimmer von dem haben, was dort noch Rechtens ist. Während sich um uns schon die Anfänge einer neuen sozialen Ordnung bilden, bestehen noch wenige Kilometer von uns entfernt die Leberfäule einer vorübergehenden Zeit mit hartem Dienstzwang und meißelnder Unterwerfung. In seiner sozial- und kulturgeschichtlich instruktiven Arbeit: Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Deutschlands, läßt uns Reich Haack in die noch zurzeit in Deutschland bestehenden Strafgesetze gegen die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter einklicken, und wir müssen ohne weiteres einräumen, daß in Deutschland auf dem Lande noch förmliche Gewaltverhältnisse der „Dienstherren“ ein festes und zähes Dasein fristen. In der schwäbischen Neckarregion gelangte das Gesetz vom 24. April 1854 mit 151 gegen 118 Stimmen und gegen den Widerspruch des Verfassungspräsidenten, Reichert, Guttschloßers zur Annahme, das das Gefinde und die landwirtschaftlichen Arbeiter wegen hartnäckigen Ungehorsams oder „Widerspenklichkeit“ gegen die „Befehle der Herrschaft“ usw. mit Gefängnisstrafe bis zu 3 Tagen oder mit Geldstrafe bis zu 5 Taler bestraft. Die gleiche Strafe traf das den Dienst verlassende oder verlassende Gefinde. Die Konstatierung des Ungehorsams und Widerspenklichkeit mußten selbstverständlich in der richterlichen Kreise, die im engsten sozialen Kontakt mit den landwirtschaftlichen Herrschaften lebten, Rechtserkenntnisse erzeugen, die im völligen Widerspruch zu unseren, auf dem Grundsatz des gleichen Rechts fußenden Anschauungen stehen. Es ist verdienstvoll von Reich Haack, daß er mehrere recht flagrant Beispiele über die richterliche Anwendung des Gesetzes vom 24. April 1854 in dieser Schrift vorträgt. In Mecklenburg-Schwerin und Stettin können nach der Verordnung vom 3. August 1892 Hofgärtner und in ähnlichen Dienstverhältnissen stehende, kontrapflichtige Personen gar mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden, wenn sie ohne Rechtsgrund den Dienst verlassen, die Arbeit verweigern, den schuldigen Gehorsam verweigern, sich einer groben Ungebühr schuldig machen oder die Hausordnung in grober Weise verletzen. In Mecklenburg-Schwerin fiel nun unter diese Verordnung folgendes „Bergehen“ eines Dienstherrn. Dieser fuhr in der Dunkelheit eine Wagenkutsche entlang. Der Inspektor beobachtete den Knecht mit den üblichen Schimpftönen — und der daneben stehende „Herr

Im Ratser Stadtrat ging laut „Vossischer Zeitung“ ein Antrag durch, den Präsekte aufzufordern, sofort zur Befreiung von Hochpreisen zu schreiten. Unter anderem wurde festgestellt, daß die Milchlieferungen von 1 100 000 Litern auf 800 000 Liter gesunken sind.

Lloyd Georges Teufelsfrage.

London, 29. Sept. (B. V.) Meldung des Reuterschen Bureau: Kriegsminister Lloyd George hat einem Vertreter der United Press of America eine Unterredung gewährt, der ihn nach seiner Ansicht über die jüngsten Friedensgerüchte fragte. Lloyd George antwortete ganz wortwörtlich und sagte:

Deutschland hat keine Entscheidung getroffen, daß es mit England kämpfen will, bis einem von den beiden der Rest (Finisch) gegeben wird. Der Kampf wird fortauern bis zur Niederschmetterung (Knock out). Die ganze Welt, auch die Neutralen mit den edelsten menschlichen Beweggründen, mögen wissen, daß eine Einmischung von außen in diesem Abschnitt des Kampfes nicht in Frage kommen kann. Großbritannien hat keine Vermittlung angedenkt, als es zum Kampfe nicht vorbereitet war, und wird nicht seine Hände, da es dazu bereit ist, bis der preussische Militarismus auf ewig zerstört ist. Keine Träne wurde von den Freunden der Deutschen vergossen, als Tausende von englischen Jüngern, deren Ausbildung nur wenige Monate dauerte, das Schlachtfeld betraten, um dort niedergemäht, bombardiert oder mit Gas vergiftet zu werden. Und diese Leute sind jetzt bis zu Zähnen bewegt bei den Gedanken an das, was kommen wird. Sie haben mit trockenen Augen den ersten Mund des ungleichen Kampfes zugehört. Kein Hinschlachten, keine Leiden, die noch kommen können, können schlimmer sein, als die Leiden dieser Taten der Alliierten, die das ganze Gewicht der preussischen Kriegsmaschine im Anfang über sich erheben lassen mußten. In dem englischen Entschluß, den Kampf bis zur völligen Niederwerfung fortzuführen, liegt mehr als das natürliche Verlangen nach Rache. Gegen ihn sprechen die humanistische und zivilisatorische des Kampfes. Diese können aber nicht verglichen werden mit der Grausamkeit, die darin besteht, den Krieg jetzt zu beenden, solange die Justifikation von demselben Feinde bedroht bleibt. Wenn wir auch das Ende des Krieges noch nicht sehen, so haben wir doch keinen Zweifel, wie das Ende sein wird.

Aber Frankreich, fragte der Korrespondent, ist es eben entschlossen, den Kampf bis zu diesem Ende zu führen, hat es ebenso den Gedanken, zu kämpfen, bis die Friedensbedingungen Deutschland diktiert werden können?

Auf diese Frage antwortete der Kriegsminister nach einer längeren Pause mit sehr eindringlicher Stimme: Bei den Engländern ist es Sportgeist, der das Heer bis zum letzten Augenblick befeuert. Bei den Franzosen wird brennende Vaterlandsliebe das Heer bis zum Ziel aufrecht erhalten, ohne danach zu fragen, wann das Ende kommen soll.

Und Rußland? fragte der Korrespondent.

„Rußland wird bis zum Tode kämpfen“, unterbrach Lloyd George. „Rußland war langsam zu erweichen, aber es wird ebenso langsam in der Vererbung seines Gefühls gegen die Feinde, die es zu diesem schweren Krieg gezwungen haben, und es wird nichts vergehen. Es schält in einem Augenblick los, wo es am wenigsten erwartet wird. Rein, es wird seinen Ausreißer bei den Alliierten geben. Niemals wieder!“ ist unser Kriegsruß geworden. Die Leiden und Schmerzen vermehren sich bei uns. Die Schreden des Kampfes werden nicht unbeschreiblich. Ich komme vom Schlachtfeld in Frankreich zurück. Ich glaube an den Fortschritt der Feinde zu sein, als ich sah, wie Myriaden von Männern in den Glutöfen hineingingen. Ich sah einige verstümmelt und unfähig daraus wieder zurückzukehren. Dieses Schreckliche darf sich nicht wieder auf Erden ereignen. Ein Mittel, ihm ein Ende zu machen, besteht darin, den Urheber dieses Verbrechens gegen die Menschheit eine solche Strafe aufzuerlegen, daß die Verurteilung, ihr Beginn zu wiederholen, ein für allemal aus den Herzen der Regierenden, die einen verderbten Geist haben, getilgt wird. Das ist das, was England will.“

Dieses ist das Schrecklichste, was ein verantwortlicher Staatsmann in der Kriegszeit leistete, und Lloyd George bedient sich dazu einer Sprache von apokalyptischer Heftigkeit. Als er, der vollstündliche Kapitulator, vor einem Publikum, dem der Fußballplatz Inbegriff aller Schönheit und Weisheit der Welt ist, so geht die Rede von Finis und Knock out. Frankreich mag Lloyd George einstweilen sicher sein als Teilhaber am Mord, wiewohl auch dort Stimmen laut werden, die in dem Mord die Abschachtung des eigenen Volkes erblicken; und ob Rußland — wir reden nur von den Verantwortlichen

Kreisen — wirklich der künftigen britischen Welt Herrschaft zuliebe „bis zum Tode“ mitkämpfen wird, das steht auf einem anderen Blatte. Ja, selbst seines England kann Lloyd George nicht so ganz und gar sicher sein; ihm kann passieren, daß Freunde eines Ausgleichs alte Forderungen von Lloyd George ausgraben, in denen er keineswegs die Ausrottung des Militarismus als nötig für das Heil der Welt hinstellt, sondern ausdrücklich Bedingungen der Notwendigkeit eben dieses Militarismus anerkennt. So schrieb er sieben Monate vor Ausbruch des Weltkriegs in einem vielgenannten Neujahrsartikel (wir zitieren die Stelle aus dem in H. F. Lehmanns Verlag in München erschienenen Fest von D. Trietsch: Deutschland; Tatsachen und Fiktionen):

Die deutsche Armee ist eine Lebensnotwendigkeit nicht nur für das Reich, sondern auch für die Existenz und Unabhängigkeit der Nation, da Deutschland von zwei Staaten flankiert ist, deren jeder eine fast ebenso starke Armee unterhält. Das Land wurde so oft von seinen Feinden befehligt, übertrumpft und gestört, daß es sich seinen neuen ähnlichen Gefahren aussetzen darf. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß, während wir eine Heberlegenheit von 60 Prozent über die Seemächte Deutschlands fordern, Deutschland selbst in militärischer Hinsicht nicht einmal Frankreich gegenüber eine solche Heberlegenheit besitzt und außerdem hat es doch auch mit Rußland zu rechnen. Deutschland aber macht seinen Anspruch auf einen „Zweimächte-Standard“.

Die Freunde eines Ausgleichs in England werden sagen, was Lloyd George kurz vor dem Krieg als eine zum Schutz gegen böse Nachbarn gebotene Notwehr Deutschlands anerkannt habe, könne nicht plötzlich ein Söllengreuel sein, dessen Ausrottung, selbst um den Preis des eigenen Unterganges, heiligste Aufgabe eben der bösen Nachbarn sei. Man wird Wasser reichen in Lloyd Georges Söllengreuel. Man wird sagen: Verständigen, nicht vernichten!

Rotterdam, 29. Sept. (B. V. Nichtamtlich.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß die Wälder in ihren Zeitartikeln den Ausführungen Lloyd Georges gegenüber einem amerikanischen Journalisten zustimmen. „Daily News“ bemerkt, daß man den Frieden nicht ganz aus den Augen verlieren sollte. Das Blatt schreibt: Wenn Lloyd George sagt, daß man nicht an den Frieden denken kann, ehe die Freiheit Europas erlangt ist, ist es in der Tat möglich, jetzt von Frieden zu sprechen. Die Zeit wird aber kommen, wo diese Freiheit erlangt ist und die Macht des deutschen Militarismus gebrochen sein wird. Wenn sie da ist, wird es die Aufgabe der englischen Staatsmänner sein, darauf zu achten, daß die Hölle, von der Lloyd George mit so viel Gefühl gesprochen hat, seinen Tag länger fortbesteht, als unbedingt nötig ist. Es liegt an Deutschland und nicht an uns, zu sagen, wie lange es noch nötig sein wird, diese Hölle fortzuauern zu lassen.

Kriegsziele.

Im „Populaire“ vom 18. September 1916, einem Organ der französischen sozialistischen Minderheit, macht Pierre Bignon den Versuch, die Kriegsziele der kriegführenden Länder, wie folgt, zusammenzufassen:

Englische Kriegsziele: „Der Tag wird kommen, wo der Feind aus Belgien und Frankreich hinausgeworfen sein wird, wo die Russen sich vor Konstantinopel und Budapest befinden werden. Deutschland wird sich ergeben, Serbien und Frankreich alle Schäden zu ersetzen. Es wird Elsch-Rothringen preisgegeben. Es wird seine Kolonien anbieten, um keine andere Kriegsschädigung zahlen zu müssen. Es wird neue Hebereinkommen zur Sicherung des Weltfriedens unterschreiben. Wohlan! Das wird uns nicht genügen. Man muß Deutschland zerstören. Und es wird nur fallen durch eine Niederlage auf seinem eigenen Gebiete. Gewisse territoriale Änderungen werden nötig sein. Im Westen zum Beispiel wird eine Föderation der kleinen Staaten von Luxemburg bis Dänemark ein hinreichend starkes Reich bilden, um das neutralisierte Gebiet von Hamburg und der Elbemündung zu bewachen.“ (Sir J. Compton-Rickett in „Daily Mail“, 13. August 1916.)

Französische Kriegsziele: 1. Elsch-Rothringen. (Erklärung der Regierung.)

25 Zeilen französische Zensur.

Russische Kriegsziele: 1. Galizien, Konstantinopel, die Dardanellen, Armenien, Persien (Teilung zwischen Rußland und England).

Die russischen Abgeordneten Miljukow und Bassiliew haben in einer Unterredung mit den französischen Deputierten in

Baron“ verbot diesem, als er sich verteidigte, das Beikommen. Die Antwort des Anekdoten, er „kann so lange reden, wie der Herr Baron“, veranlaßte eine Strafanzeige. Darauf folgte ein Strafmandat wegen Übertretung der Verwarnung vom 3. August 1892, und Schöffengericht und Landgericht Bismarck bestätigten die verhängte Strafe. In der Urteilsbegründung der Strafkammer wurde das Verhalten des Anekdoten für eine grobe Zuchtlosigkeit gegenüber dem „Herrn Baron“ erklärt.

Um den Ausnahmezustand ganz zu erfassen, der für das Gefinde und die landwirtschaftlichen Arbeiter Deutschlands besteht, muß man die zahlreichen, gegen beide sozialen Klassen gerichteten Strafgesetze der deutschen Bundesstaaten kennen lernen. In Preussisch-Brandenburg wird nach dem Polizeistrafgesetzbuch vom 23. März 1899 „der Dienstbote, der das Dienstbuch verloren haben will und den englischen Verlust nicht nachweisen kann“ (?), sowie derjenige, der sein Dienstbuch der Polizeibehörde auf Ansuchen vorzulegen, mit Haft bis zu 14 Tagen oder Geldstrafe bis zu 14 Taler bestraft. Die gleiche Strafe trifft, wer sich hartnäckigen Ungehorsams oder Widerspenklichkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder deren Stellvertreter zuschulden kommen läßt. Nach der revidierten Gefindeordnung für das Königreich Sachsen wird auf Antrag der Herrschaft mit Geldstrafe bis zu 20 Mark oder Haft bis zu 5 Tagen das Gefinde bestraft, das sich „beharrlichen Ungehorsams und Widerspenklichkeit gegen rechtmäßige Befehle der Dienstherren oder deren Stellvertreter zuschulden kommen läßt oder das Abseignen aufzweigelt oder zu Fälschungen oder üblen Reden gegen die Dienstherren aufhetzt“. Dem Dienstboten wird ferner strenges Stillschweigen über die Familie des Dienstherrn aufgebietet. Wenn ein Dienstherr dennoch aus dem Hause „ausplaudert“, so wird er auf Antrag mit Geldstrafe oder Haft bis zu 5 Tagen bestraft. Mit Recht bemerkt Haack zu den Bestimmungen dieser Gefindeordnung: Während in diesen, offenbar mit dem Reichsstrafgesetzbuch in Widerspruch stehenden Bestimmungen bei Vermeidung einer Strafe dem Gefinde ein Schweigegelot zum Schutze der Dienstherrschaft auferlegt ist, bedroht der § 31 das Gefinde mit Geld- oder Haftstrafe in der gleichen Höhe wie dort, wenn es der Herrschaft nicht untertänig anzeigt, was das Gefinde etwa Strafbares treibt. Auf das „Ausplaudern“ der Familienvorgänge stehen übrigens noch in anderen Gefindeordnungen Deutschlands empfindliche Strafen.

Millionen deutscher Staatsangehöriger müssen noch täglich am eigenen Leibe die Geißel ausnahmsgegesetzlicher Bestimmungen fühlen, und alle die schönen Reden von der feierlichen Würde des Rechtsgeheimnisses in Deutschland sind noch tönende Phrasen.

Das Anstandsverhältnis des deutschen Landarbeiters, das sich so plattlich in den Befehlsordnungen und Strafgesetzen der deutschen Bundesstaaten ausprägt, gelangt natürlich in gleicher Schärfe in den zivilrechtlichen Verhältnissen dieser sozialen Klasse zum Ausdruck. Diese Tatsache belegt überzeugend die Publikation Georg Schmidts: Lohnformen und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft. Der deutsche Landarbeiter ist nach den vielen Arbeitsverträgen, die Sch. veröffentlicht, mit seiner Person und Familie an eine fast völlig unbegrenzte Arbeitszeit gebunden. Selbst in den Verträgen, in denen eine bestimmte Arbeitszeit festgelegt ist, heißt es vielfach: „In dringenden Fällen haben die Arbeiter auch außer diesen Stunden auf Verlangen des Arbeitgebers Wirtschaftsarbeiten zu verrichten“. Die Beurteilung des Arbeitsverhältnisses steht allein dem Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter zu.“ In dem Verträge eines Gutsherrn aus dem Jahre 1910 heißt es kurz und bündig: „Die Arbeitszeit bestimmt der Herr Arbeitgeber und richtet sich dieselben nach den Verhältnissen des Jahres.“ Durch den Arbeitsvertrag liefert häufig der Landarbeiter sich nicht allein, sondern auch seine ganze Familie dem Arbeitgeber aus. Der Arbeitgeber wird in den Kontrakten mitunter direkt als „Vorgesetzter“ des Arbeiters bezeichnet, dem gegenüber er „ein ordnungsmäßiges Betragen“ zu beobachten hat. Und dieser Arbeitgeber behält sich vor, da ja die ganze Familie des Arbeiters gleichsam unter dem Dienstzwang steht, die Kinder aus der elterlichen Wohnung zu weisen, wenn sie außerhalb des herrschaftlichen Gutes ihre Existenz zu gewinnen suchen. So heißt es in einem Arbeitsvertrag: „Aus der Schule entlassene Kinder, die nicht auf der Domäne dauernd Arbeit nehmen, dürfen nur mit persönlicher Genehmigung des Arbeitgebers in der elterlichen Wohnung oder sonstwo in Gedingen wohnen.“ Der Landarbeiter hat sich in den Dienstkontrakten jeder Verfügungs-gewalt über seine Person zu begeben: er muß auch die Verpflichtungen erfüllen, die weit über die von ihm unterschriebenen Kontraktbedingungen hinausgehen und ihm ganz einseitig vom Arbeitgeber aufzuerlegen sind. Da heißt es z. B. in dem 1910 abgeschlossenen Dienstkontrakt der Gutsherrschaft zu Marienfelde bei Gersdorf: „Arbeiter A. verpflichtet sich, alle ihm angewiesene Arbeiten und Dienstleistungen unweigerlich auszuführen“. Gleichzeitig unterwirft sich derselbe der auf dem Hofe bestehenden oder von dem Gutsherrn oder seinen Vertretern etwa noch einzuführenden Anordnungen in jeder Beziehung. — Was Wunder, daß derartige „Verträge“ so weit gehen und von einer unbedingten Unterwerfungspflicht des Arbeiters reden! Da muß z. B. ein „freier Arbeiter in einem „Arbeitsvertrag“ geloben, dem Herrn Arbeit-

Gegenwart von Renaudel und mit (Orizon) diese Kriegsziele angegeben.

Italienische Kriegsziele: 20 Zeilen französische Zensur. Bessarabien in Kleinasien zwischen dem russischen und dem englischen Anreizungsgebiet.

Belgische Kriegsziele: 31 Zeilen französische Zensur.

Rumänische Kriegsziele: 27 Zeilen französische Zensur.

Kriegsziele der Völkler: 34 Zeilen französische Zensur.

Bethmanns Verschwommenheit.

In der letzten Kanzlerrede ist wenigstens eine Stelle so deutlich gewesen, daß sie auf allen Seiten verstanden wurde: zu den Sähen gegen die Fronteure merken nämlich deutsche Scharfmacherblätter ebenso, wie die Presse neutraler seefahrender Staaten an, es sei also klar, daß der Kanzler weiter der Livid-Politik russisch-losen Torpedierers nicht nachgeben werde. Dagegen wird vielfach als verschwommen und unklar bezeichnet, was der Kanzler über Friedensandahnung und Neuorientierung gesagt hat. Zwei Urteile seien wiedergegeben. Der „Vorwärts“ sagt:

Ein Programm voller Einschränkungen, Verhaltungen und Widersprüche. Halb Chamade, halb Fanfare. Halb Entgegenkommen, halb schroffe Abweisung. Eine Rede, die nichts Klares, Entschendendes bringt, sondern alles im Nebel, im Unklaren läßt. Ganz im Stile des Nationalausdrucks!

Was Bethmann in schüchternen Andeutungen über Deutschlands Willen, einer europäischen Völkerverständigung und künftigen internationalen Vereinbarungen nicht zu widerstreben, sagte, hätte noch einen Sinn gehabt, wenn er nicht früher Kriegsziele proklamiert gehabt hätte, die von der „Post“ und gleichgesinnten alldeutschen Blättern als unerkennbare Annäherung an den Standpunkt der Alldeutschen begrüßt worden waren und begrüßt werden mußten. Diesen Standpunkt kann man heute durch bloßes Schweigen unmöglich in Vergessenheit bringen. Man könnte ihn höchstens modifizieren durch ein Klare, überall, im In- und Auslande, verständliches Bekenntnis zu jener Politik der internationalen Verständigung, das dem unabweisbaren Ringen um die „Entscheidung“ ein Ende zu bereiten vermöchte. Davon aber, daß der Reichskanzler sich auch nur einigermaßen unmißverständlich zu einem solchen Programm bekannt habe, kann ehrlicherweise gar keine Rede sein. Er ist nicht abgerückt von seinem früheren Kriegszieleprogramm, hat sich mit allgemeinen, höchst vieldeutigen Wendungen begnügt.

Dazu kommt, daß er die vermeintlichen Kriegsziele der Gegner in einer Weise umschrieben hat, die zwar manchen praesentischen Dilemmationen gegnerischer Staatsmänner und Verschönerungspolitik entspricht, die aber den Bekenntnissen gesunder politischer Vernunft nicht nur zureichender ernstzunehmender Politiker, sondern auch verantwortlicher gegnerischer Staatsmänner zuwiderläuft. Sollte man mit gleichem Maßstab deutsche Kundgebungen von verantwortlicher und unverantwortlicher, aber einflussreicher Seite messen, so könnten sich Deutschlands Gegner mit demselben Rechte darauf berufen, daß es gerade Deutschland sei, das eine Verständigung auf Grundlage der Vernunft, Billigkeit und des internationalen Interessenausgleichs verhindere. So kommt man jedenfalls um keinen Schritt weiter, wenn man nicht den Krieg bis zum „bitteren Ende“, sondern eine Verständigung anstrebt.

Und im „Berliner Tageblatt“ heißt es: „Fast noch zurückhaltender als in den übrigen Teilen seiner Rede war Herr v. Bethmann Hollweg auch bei seinen die innere Lage streifenden Bemerkungen. Jene, welche greifbaren Reformen hat er nicht angekündigt. Auch der Grundriss: „Freie Bahn für alle Tüchtigen!“ ist nur ein rhetorisches Schmuckwerk. Dieser Satz bedeutet so lange nicht viel, als er nicht mehr als bisher auf öffentlichem Gebiet verwirklicht wird. Gerade bei dem letzten größeren Revirement innerhalb der Reichsämter sah man nichts als die hergebrachte Schablone. Noch immer wird, auch im ohnehin beschränkten Rahmen des jetzigen Systems, der Kreis der Tüchtigen, die für die Staatsleitung in Betracht kommen, viel zu eng gezogen: es gibt mehr „Starke in allen Ständen“, als die bürokratische Staatsweisheit sich auch heute noch träumen läßt. Es ist auch nicht zu erhoffen, daß dem deutschen Volk die Güter einer größeren Freiheit und Selbstbestimmung im Innern von selbst zufallen werden. Diese Arbeit wird das Volk selbst in die Hand nehmen müssen, und es wird die hohe Aufgabe des entschiedenen Liberalismus sein, hierbei bahnbrechend zu wirken. Mit Kleinigkeiten ist es nicht mehr getan. Wer nicht auf große Ziele losgeht, wird den Anschluß verpassen. Das deutsche Volk ist, mit dem Reichskanzler, fest entschlossen, sein

gebet sowie dessen Herrn Vertreter unbedingten Gehorsam zu leisten.“

Die Bestimmungen in diesen „Arbeitsverträgen“ über die Kündigung sind durchweg ganz einseitig zugunsten der Arbeitgeber abgefaßt. So suchen wir vergeblich in diesen Dienstkontrakten, daß der Arbeiter ohne Kündigung seine Arbeit verlassen kann, wenn der Arbeitgeber den Vertrag gütlich verliert. Wegen der Verletzung des Vertrags stellt die Herrschaft weiter einen Straßhof mit ganz willkürlichen und teilweise direkt ungeschicklichen Geldbußen auf. Da heißt es z. B. in dem Arbeitsvertrag, den auf der Domäne Colbinger der 1. Amtsrat Köster mit seinen Tagelöhnern abgeschlossen hat und durch den diesen ein „ordnungsgemäßes Betragen“ gegenüber ihren „Vorgesetzten“ eingeführt wird: „Arbeitsverweigerungen, Widerständigkeit gegen Arbeitgeber, Beamte und Aufseher, schlechtes Betragen, Trunkenheit in der Arbeit usw., ferner Lebensweise, die den Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter, den Betreffenden in eine Ordnungssache bis zu 3 Mark ohne gerichtliche Erkenntnis zu setzen und bei der nächsten Lohnzahlung in Abzug zu bringen. Alle diesem Arbeitsvertrage etwa entgegenstehenden Vorschriften der Gesetze bleiben außer Anwendung und wird die Verbindlichkeit des Abzuges durch beiderseitige Unterschrift anerkannt.“ Ein 1. Amtsrat bricht also kurzerhand die bestehende Rechtsordnung und setzt willkürlich zwingende gesetzliche Bestimmungen außer Kraft. Ja, der Herr Amtsrat spielt sich sogar als Cato censorius auf, stellt „seiner“ Tagelöhner unter sittenpolizeiliche Aufsicht und verfügt Strafen wegen „lebenslicher Lebensweise“! Und das geschah auf einer 1. Domäne im Jahre 1911! Hat der Landarbeiter kein unbedingtes Recht an seiner leiblichen Persönlichkeit, so noch weniger an seiner geistigen. Und so wird ihm denn folgende Bestimmung bei Strafe der Entlassung aufgegeben: „Kein auf der Domäne Colbinger beschäftigter Arbeiter (Arbeiterin) darf einem sozialdemokratischen Vereine oder Verbände angehören. Ist er Mitglied eines solchen, muß er sofort austreten, bei Strafe der sofortigen Entlassung. Sozialdemokratische Zeitungen dürfen weder gehalten noch gelesen werden.“ In dem Arbeitsvertrag der Oberförsterei Ranke bei Bernau der Gräflich Wiedersheim Forstverwaltung wird jede Beteiligung an Handlungen, „welche die sozialdemokratische Sache fälschen“, mit Entlassung aus dem Dienstverhältnis und mit Verweisung aus der übergebenen Wohnung bestraft.

In vielen Arbeitsverträgen sind die Bestimmungen über die Kündigungsfrist des Deputats, d. h. über die Gewährung von Land und Naturalien, einseitig zugunsten des Arbeitgebers geregelt. Viele

Leben und seine Freiheit im Kriege zu behaupten, und es wird hoffentlich ebenso entschlossen sein, Leben und Freiheit im Frieden, nach den Gesetzen der Entwicklung, weiter auszubauen. Herr v. Bethmann Hollweg hätte durch ein Klare und kraftvolles Bekenntnis zu solchen großen Zielen die weit überwiegende Mehrheit der Hörer im Saale fortziehen und draußen das Volk sich in Begeisterung verbinden können. Wir bedauern, daß er das nicht vermocht hat, aber die Entwicklung wird darum doch ihren Weg gehen.“

Bemerkt sei, daß über die Verhandlungen im Hauptsaal des Reichstages strenges Stillschweigen aufgelegt ist. Der Kanzler hat längere Ausführungen gemacht. Von der Regierung nahmen weiter das Wort die Staatssekretäre v. Jagow, Cappel und Unterstaatssekretär Zimmermann. Von den Fraktionen kamen die Redner der sozialdemokratischen Fraktion und des Zentrums zu Wort. Wassermann, Schiffer und Stresemann beantragten eine Entschließung, einen ständigen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten einzusetzen und ihm die Ermächtigung zu erteilen, sich auch bei Schließung des Reichstages jederzeit zu versammeln.

Der Sachalldeutscher Kreise gegen den Kanzler kennzeichnet eine Notiz der „Magdeb. Zig.“. Danach ist in jener Münchener Scharfmacherverleumdung, in der Rebellentum sprach, derartig gehetzt und verleumdet worden, daß endlich aus der Versammlung heraus der Aufruf fiel, man müsse ihn über den Saufen schießen! Worauf der betreffende Redner meinte, soweit gehe er nicht, er gönne ihm ein langes Leben, aber er solle es in Scharfmacherei zubringen und nicht in der Wilhelmstraße.

25 Jahre Brauereiarbeiterorganisation.

Der im August 1891 gegründete Allgemeine Brauereiarbeiterverband, eine Organisation der getrennten Brauer, fand nach seinem Status und in seiner Tätigkeit auf dem Standpunkte der Interessengruppen zwischen Unternehmer und Arbeiter. Teilweise mögen die sozialistischen Gesinnungen zu dieser Zurückhaltung und Vorsicht beigetragen haben. Die Brauer gehörten damals zu den schlechtest entlohnenden Arbeitern. Sie hatten die längste Arbeitszeit, zu der sich die größte Unfreiheit und Bevormundung durch die Unternehmer gefügt. Sie wohnten in Betrieben und wurden dort verpflegt, und da die Arbeitszeit vielfach bis spät in die Nacht währte, kamen sie mit anderen Menschen wenig in Verbindung. Diese unheimlichen Zustände aber verursachten in den Kreisen der Brauer eine Gärung, die seinerzeit, durch den großen Bergarbeiterkampf im Jahre 1890 gefördert, in einer Anzahl Orten zu Streiks um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse führte, obwohl finanzielle Mittel in der Verbandskasse nicht vorhanden waren und der Verbandsvorstand auch mit den Kämpfen nicht einverstanden war. Die Bewegung zur Reorganisation des Verbandes nahm immer größeren Umfang an, der letzte Verbandstag, der vor 25 Jahren am 22. und 24. September 1891 in Hannover tagte, beschloß die Rekonstituierung des Verbandes auf moderner Grundlage.

Schwer hatte die Organisation zunächst zu kämpfen gegen die Widerstände in den Reihen der Berufscollegen, besonders aber gegen die Unternehmer und Vorgesetzten. Maßregeln erfolgten fortgesetzt, wenn gelinder Druck und Schikantierung nicht genügt, um die mühseligen Elemente müde zu machen. Trotzdem wuchs die Organisation. Sie nahm energisch den Kampf gegen Unterdrückung und für bessere Arbeitsverhältnisse auf. Schon die ersten Kämpfe brachten den Brauereiarbeitern bei, daß ihr isolierter Kampf den menschlichen und wirtschaftlichen Erfolg nicht haben könne, daß sie mit den übrigen Brauereiarbeitern Hand in Hand gehen müssen. So wurde schon zwei Jahre später, 1893, beschlossen, die Organisation auf diese auszudehnen.

In den Jahren 1891 bis Ende 1914 hat die Organisation der Brauereiarbeiter 442 Angriffsstreiks mit 13 661 Beteiligten geführt, die Arbeitsstreiks und Ausperrungen in dieser Zeit erreichten die Zahl von 389 mit 11 629 beteiligten Personen. Die Zahl der Angriffs- und Abwehrbewegungen ist um ein Vielfaches höher. Was dabei erreicht wurde, zeigt ein kurzer Vergleich mit den damaligen Zuständen. Eine tägliche Arbeitszeit bis 14 und 15 Stunden, Sonntags nicht ausgeschlossen, war damals die Regel. Dagegen zeigt eine Erhebung zu Ende des Jahres 1913, daß 38 575 Brauereiarbeiter eine Arbeitszeit unter 10 Stunden hatten, davon 566 nur 8 Stunden. Allein in den Jahren 1898 bis 1914 wurde an 607 707 Lohnverträgen die Summe von 21 527 627 Mark für 214 007 Arbeiter erzielt. Ein Erholungsurlaub ohne Lohnabzug war bis Ende 1913 für 57 020 Arbeiter erkämpft. Entlassung bei Arbeitsbehinderung nach § 618 B. G. B. erhielten zu diesem Zeitpunkt 58 264 Beschäftigte. Und Ende 1915 bestanden 963 gültige Tarifverträge für 50 883 Personen. So ist die Organisation kämpfend groß geworden und auch ihre Finanzen kann man trotz

Verträge schließen ferner den gerichtlichen Auszug für Streiks aus dem Arbeitsvertrage aus, obwohl dieser Auszug völlig ungeschicklich ist. Es handelt sich eben um die Verletzung zwingender Rechtsbestimmungen. Ganz zutreffend charakterisiert G. Schmidt diese Arbeitsverträge folgendermaßen: „In allen Arbeitsverträgen wird man vergebens eine Bestimmung suchen, in der die Rechte des Arbeiters angeführt sind. Noch nicht einmal in den Normalverträgen, nach denen die gesetzlichen Institutionen, die Landwirtschaftskammern, Arbeit vermitteln.“

Wer sich in den Geist dieser Arbeitsverträge vertieft, den wundert nicht mehr die Massenflucht der ländlichen Arbeiter aus ihren „Arbeitsverhältnissen“, nein, aus ihnen den Grund der Rechtslosigkeit verlegenden Zwangsverhältnissen. Wanderer doch in den Jahren 1880 bis 1891 allein 475 594 Personen aus Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Kammern aus!

Und so leidet selbst die Landeskultur durch die Minderzahl der ländlichen Rechtsverhältnisse die schwerste Einbuße. Wann hört hier der Besen einer sich völlig neuorientierenden Zeit gründliche Aufhebe!

Internationale Forschungsarbeit als Landesverrat.

In welchen Verleumdungen der Deutschen-Haß gewisse Elemente in Ausland führt, zeigt der Fall des jüngst verstorbenen russischen Gelehrten Balland. Dieser wurde von der Zeitung „Kotowskaja Wremja“ seinerzeit des Landesverrats beschuldigt und zwar auf Grund folgenden Materials: 1. Balland hatte dem Prof. Dik von der technischen Hochschule in München zwei Bände der Manuscripte Keplers (des allzuwürdigen Astronomen), die an der Petersburger Akademie der Wissenschaften aufbewahrt wurden, zu wissenschaftlichen Arbeiten ausgeliehen; 2. dem Professor Dik von Potsdamer geodätischen Institut hatte Balland Auskunft darüber erteilt, an welche Stelle in Ausland er sich zu wenden habe, um die Möglichkeit zu gewissen Verfügen zu erhalten, die die Ermittlung des Intensitätsgrades der Schwerkraft auf den Spiegel des schwarzen Meeres betrafen. — Die mathematisch-physikalische Abteilung der Petersburger Akademie der Wissenschaften hatte seinerzeit einen scharfen Protest gegen die Unterstellungen der „Kotowskaja Wremja“ erhoben und dem Gelehrten Balland ihre Beobachtung ausgesprochen. Damit sind die Verleumdungskünste des reaktionären Blattes gebührend gekennzeichnet.

der großen Anforderungen der Kriegszeit als gesund begreifen. Die für Unterstützung vorausgabenden Summen sind beträchtlich. Nach der Reorganisation des Verbandes im Jahre 1891 betrug die Zahl der Mitglieder etwa 500. Ende 1913 51 537, um dann allerdings infolge des Krieges zu sinken. Die Einnahmen seit 1891 bis Ende 1915 betragen 10 808 184 Mark, davon aus Beiträgen 9 028 514 Mark. An Unterstützungen zahlte die Organisation seit 1891 5 814 849 Mark, davon zu Kampfwenden und in Vertretung der Interessen der Arbeiter 2 436 468 Mark, an sonstigen Unterstützungen 3 378 381 Mark. Das Vermögen der Hauptkasse betrug 1913 1 704 402 Mark, an Kriegsunterstützung wurde in den Jahren 1914 und 1915 488 106 Mark ausgegeben. Das Vermögen fiel Ende 1915 auf 1 515 131 Mark.

Was die Ueberleitung der Organisation vom Harmonisierungsamt zur Kampfsorganisation der Brauereiarbeiter gebracht hat, wissen diese sicher zu schätzen. Nach Rückkehr der Krieger beginnt wieder vermehrte Tätigkeit zum Ausbau der Organisation, obwohl auch in der Kriegszeit nicht geroht wird, um die Organisation instand und brauchbar zur Lösung der ihrer harrenden Aufgaben zu erhalten.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die im September in Berlin an die Familien der Kriegsteilnehmer geleisteten Barunterstützungen belaufen sich auf 10 664 000 Mark. Auch die Mietunterstützungen an Kriegsteilnehmer sind im September gestiegen; sie betrugen zwei Millionen Mark. Insgesamt haben bis Ende September die Barunterstützungen für Kriegsfamilien die Höhe von 180,5 Millionen Mark erreicht.

Aus Sofia wird gemeldet: Der Unterchef im Generalstab, Oberst Buloff, ist an Stelle des verstorbenen Generals Joffe zum Chef des Generalstabes ernannt worden.

Im französischen Senat sprach der Finanzminister Ribot über die Dringlichkeit einer möglichst baldigen Beratung und Annahme des Einkommensteuergesetzes. Unter Hinweis auf die stetig wachsende Handelsunterbilanz verlangte Ribot, daß alles aufgegeben werde, damit alle im Lande liegenden Produktionsmöglichkeiten demobilisiert würden. Diese Forderung müsse auch an die künftige Verwaltung gestellt werden. Vor der Abstimmung über die vorläufigen Budgetwünsche, die einstimmig genehmigt wurden, stellte Doumer die Anfrage, ob künftig nicht wieder ein festes Budget vorgelegt werden könne. Regelmäßigkeit in den Finanzen sei besonders im Kriege nötig.

Die „Times“ meldet aus New York vom 28. September: Der Kandidat Wilsons in New-Jersey für den Senat ist bei den Vorwahlen durch den ebenfalls demokratischen Kandidaten Marline geschlagen worden. Die deutsch-amerikanische Presse unterstützte Marline. Er erzielte eine Stimmenmehrheit von 20 000. (Wilsons Wahlsichten scheinen allgemein zu sinken.)

Aus der Partei.

Eine Erklärung Landsbergs.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hat den Teilnehmern an der Reichskonferenz eine Broschüre mit dem Titel „Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ beiliegend. Darin wird auf Seite 9 behauptet, Landsberg habe in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Dezember die Hinausschiebung der Reichsgrenzen bis zur Karolinie mit dem Einwand verteidigt, wenn dadurch die Verteidigung Deutschlands verbessert würde, könne ein Deutscher keinen Widerspruch erheben; dort wohnten auch Polen und Juden, die sich gern für Deutschland entscheiden würden. Dazu erklärt Landsberg, er habe gesagt: Ich sei ein Gegner von Annexionen. Im Westen könnten sie nur erfolgen auf Kosten von Völkern mit reichem geistigen Leben; die Abtötung der ihnen schließte es aus, daß ein Sozialdemokrat ihre Vergewaltigung zulasse, in welcher Form sie auch vorgenommen werden möge. Im Osten kämen allerdings für Annexionen keine Gebiete in Betracht, die von selbstständigen Nationen bewohnt seien; Polen und Letten hätten kein Selbstbestimmungsrecht und würden wirtschaftlich, politisch und kulturell im Falle ihres Anschlusses an Deutschland gegenüber ihrem jetzigen Zustand zweifellos gewinnen. Ich wollte aber auch nach Osten hin keine Eroberungen, da meiner Ansicht nach eine Angliederung der von diesen Stämmen bewohnten Landschaften keine Stärkung, sondern eine Schwächung Deutschlands bedeuten würde. Polen und Letten seien deutschfeindlich, die einen wegen der antipolnischen Gesehung Deutschlands, die anderen, weil sie alle Deutschen wie ihre holländischen Barone einschätzten. Wenn Deutschland in seiner flachen Provinzen mit ausgesprochen deutschfeindlicher fremdsprachiger Bevölkerung habe, so bedeuete das nicht eine Sicherung, sondern eine Gefährdung Deutschlands. Wenn ich aber auch im Osten keine Eroberungen wünschte, könnte ich doch nicht zugeben, daß ein Staatsmann, der der von mir für falsch gehaltenen Ansicht sei, daß zur militärischen Sicherung Deutschlands eine Verbesserung seiner Grenzen, etwa ihre Hinausschiebung bis zur Karolinie, erforderlich sei, als wilder Annexionen in begehrt und den Verfassern der Petition der sechs Wirtschaftskreise gleichgestellt werden dürfe.“

Ankündigung.

Vonder Reichskonferenz der Sozialdemokratie ist jetzt ein ausführlicher Bericht erschienen, den wir anfang nächster Woche zusammen in einer Beilage bringen werden.

Diese Nummer kostet im Einzelverkauf 10 Pfennig (nach auswärts 5 Pfennig Porto). Beilage allein 5 Pfennig (3 Pfennig Porto). Bestellungen können jetzt schon in der Expedition aufgegeben werden.



Eckstein

Zigaretten

Einzig in Qualität

Truffrei

A-MECKSTEIN-SÖHNE DRESDEN

Krieg und Frieden!

Sonntag den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Ostpark:

Große öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: Krieg und Frieden.

Referenten:

Landtagsabgeordneter **Otto Braun** (Berlin)
Reichstagsabg. **Dr. Gradnauer** (Dresden)
Stadtverordneter **Ed. Gräf** (Frankfurt a. M.)

Reichstagsabg. **Hermann Müller** (Berlin)
Rechtsanwalt **Dr. Sinzheimer** (Frankfurt a. M.)
Reichstagsabg. **Dr. Quarck** (Frankfurt a. M.)

Es wird von sechs Tribünen zu gleicher Zeit gesprochen.

Eintritt 10 Pfg. pro Person.

Die bereits ausgegebenen, auf den 10. September lautenden Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit.

Bei Vorzeigung der Eintrittskarte wird der (die) Inhaber(in) am 1. Oktober 1916 auf allen Linien der städtischen Straßenbahn Frankfurt a. M. — ohne Rücksicht auf die Entfernung — von oder nach dem Ostpark gegen Lösung eines 10-Pfennig-Fahrtcheines befördert. Auf den Strecken der städtischen Waldbahn zahlt Inhaber für jede Fahrt — ohne Rücksicht auf die Entfernung — 15 Pfennig.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Der Einberufer.

Billige Badetage im Städtischen Schwimmbad.

Wannenbad anstatt 50 Pfg. zu 25 Pfg.

für Männer, Samstags von 4—8 Uhr,
für Frauen, Mittwochs von 4—8 Uhr.

Schwimmbad für Frauen anstatt 40 Pfg. nur 10 Pfg.

von Oktober bis Mai jeden Mittwoch von 7—9 Uhr.

Dampfbäder für Männer jed. Donnerstag von 3—8 Uhr,

anstatt Mk. 2.20 nur Mk. 1.20.

PHOTO

Kameras und alles Zubehör: Filme, Platten, Papiere, Chemikalien in größter und bester Auswahl — Laboratoriumsarbeiten in kürzester Zeit preiswert und tadellos

Schlesicky-Ströhlein, Kaiserplatz.

Fleisch-Verkaufsstelle I.

Runden zur neuen Eintragung werden angenommen.
Bernhard Baer, Fahrgasse 140.

Friedensware! Ohne Seifenkarte! Keine Kriegsware!

Sie sparen viel Seife u. Seifenpulver, wenn Sie Schmitz-Bonn's

Wasch- und Bleichhilfe

für Ihre Wäsche gebrauchen. Wasch- und Bleichhilfe ist ein Sauerstoff-Präparat von hervorragender Wirkung. Garantiert unschädlich. In Paketen zu 25 Pfg. überall zu haben.

Zu beziehen durch die Grosshändler.

Vertreter: W. Hochhut, Inh. Ernesto Buchner
Frankfurt am Main. Tel. Römer 4756.
93 Waldschmidtstrasse 93.

Letzte Neuheiten für Herbst und Winter

Damenbekleidung:

Jackenkleid in gut gemusterten Wollstoffen in mehrer. Farbenstell. flotte Form 38.75

Jackenkleid in einfarb. Wollstoffen in schwarz, marine, grün, Gürtel- und Knopfgarnierung 39.75

Jackenkleid, einfarb. u. gemustert, sehr gute Ware, feine Gürtelform 43.25

Jackenkleid in einfarb. marine Tech. sehr flotte Blusenform 67.50

Jackenkleid in solidem Cöpervelvet in schwarz und vielen Farben 77.50

Mantel in einfarbigem, gut. Stoff, verschiedene Farben, jugendl. Form . . . 19.75

Mantel in gutem Wollstoff, hübsche karierte flotte Blusenform 27.50

Mantel in gutem Wollstoff, verschied. Farben, schöne jugendl. Form 33.50

Mantel in solidem Wollstoff, mehrere Farben, mit elegantem Plüschkragen und hübsche Knopfgarnierung 42.00

Mantel, in prima Astrachan, gefüttert, flotte Gürtelform 71.00

Kleider-Röcke

in einfarbig. u. gemusterten Stoffen, moderne Glockenform 13.50 8.95 7.25

Wollblusen in Welle u. Baumwolle, einfarbig u. gemustert 5.50

Samtblusen in schwarz und in vielen Farben 13.50

Selbstenblusen, einfarbig, auch schwarz, u. in hübschen Karos und Streifen . . . 13.50

Spitzenblusen in glatt u. gemust. Tüll, moderne Ausführung 7.50

Kinder-Bekleidung für Mädchen

Kinderkleider aus karierten Stoffen, hübsche Machart mit farb. u. weiß. Überkragen

für 8-11 6-8 3-5 Jahre

14.50 12.— 10.—

Kinder-Mantel aus gemustert. Stoffen, neueste Machart

für 8-11 6-8 3-5 Jahre

13.75 12.50 11.75

Damenputz:

Einfach garnierter Hut, seitlich aufgeschlagene Form, aus Samt mit Bandgarnitur 7.75

Jugendlicher Samthut mit Kieffantasie und Bieband 8.75

Eleganter Samthut, flotte Form, mit Blumen und Band garniert 12.50

Eleganter Dreispitz aus Samt, mit hübscher Flügel-Garnitur, handgearb. 14.50

Eleganter Samthut mit sehr hübscher Flügel-Fantasie, handgearbeitet 16.50

Velourformen 22.50 13.50 12.75

Filz-Damenhüte, langhaarig 9.75 6.75 6.25

Samt-Formen 7.75 6.75 5.90

Filz-Formen 9.75 4.50 3.50

Garnierte Kinderhüte, Glockenform u. aufgeschlagene in Samt und Plüsch . . . 8.75 7.75 6.50

Hutgarnierungen

wie Flügel, Hutblumen, Reiter etc. in größter Auswahl und in jeder Preislage.

Pelzwaren-Ausstellung im 1. Stock

Kinder-Bekleidung

für Knaben

Knaben-Anzug, Schlupffaschen, aus dunkelblauen Stoffen, Überkragen und Armabzeichen

für 8-10 5-7 2-4 Jahre

14.— 13.— 12.—

Knaben-Mantel aus dunkelblauen Stoff, ganz auf Futter, mit Goldknöpfen und Armabzeichen

für 7-9 4-6 1-3 Jahre

11.75 9.75 8.75

M. Schneider

Zeil, Ecke Stiftstrasse.